

Eine Fehlentwicklung – Warum CCS nicht die Lösung unserer Klimaprobleme sein kann

Auszug aus „Wattenmeer“ 2024-2

Wie entfernt man Kohlendioxid aus Industrieabgasen, damit es den Klimawandel nicht weiter beschleunigt? Die scheinbar einfache Antwort lautet: Abtrennen und speichern – oder mit dem englischen Fachbegriff CCS (Carbon Dioxide Capture and Storage). Bereits vor 13 Jahren haben wir an dieser Stelle („Wattenmeer“ 2011-2) über die umstrittene Technologie berichtet. Im gleichen Jahr hatte die Bundesregierung ein Gesetz zur CCS-Erprobung beschlossen, das den Bundesländern die Möglichkeit gab, die CO₂-Lagerung zu verbieten, was in Schleswig-Holstein auch umgesetzt wurde.

Angesichts der Schwierigkeiten, die Klimaziele zu erreichen, nimmt die Diskussion um CCS nach langer Zeit wieder Fahrt auf. Die Bundes- und Landesregierung erwägen den Einsatz der Technologie auch in der Nordsee als Teil ihrer Klimastrategie. Einigen erscheint diese Option sogar als unvermeidlicher Schritt auf dem Weg zu Klimaneutralität im Jahr 2045.

Wir stehen dieser Technologie jedoch sehr kritisch gegenüber und lehnen sie grundsätzlich ab.

CCS zielt darauf ab, Kohlendioxid aus industriellen Prozessen abzuscheiden und es langfristig in geologischen Formationen zu speichern. Diese Maßnahme wird oft als Brückentechnologie betrachtet, die es ermöglichen soll, weitere CO₂-Emissionen zu vermeiden, während die notwendige Infrastruktur für erneuerbare Energien ausgebaut wird.

Erhöhter Verbrauch fossiler Brennstoffe

Wissenschaftliche Studien, unter anderem des Umweltbundesamtes, weisen allerdings darauf hin, dass der Einsatz von CCS zu einem erhöhten Verbrauch fossiler

Brennstoffe und anderen Ressourcen führen kann. Plakatativ könnte man sagen, dass eines von drei fossilen Kraftwerken benötigt wird, um das Kohlendioxid wieder aus den Rauchabgasen zu bekommen.

Zudem gibt es ernste Bedenken hinsichtlich der langfristigen Sicherheit der CO₂-Speicherung. Es besteht das Risiko der Freisetzung von gespeichertem CO₂, was schwere Umweltschäden nach sich ziehen würde.

Wir betonen, dass der Schwerpunkt stattdessen auf einem umfassenden Ausstieg aus der CO₂-Produktion und der verstärkten Nutzung von erneuerbaren Energien liegen muss. Höhere nationale und internationale Anstrengungen sind notwendig, um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens zu erreichen und eine echte Klimaneutralität ohne Rückgriff auf CCS zu realisieren.

Sollte dennoch die Entscheidung zugunsten des Einsatzes von CCS fallen, formuliert die Schutzstation klare Bedingungen für dessen Verwendung: Ein vollständiger Ausstieg aus der CO₂-Produktion muss

oberste Priorität haben. CCS darf nicht dazu führen, den Übergang zu erneuerbaren Energien zu verlangsamen oder zu stoppen. Natürliche CO₂-Senken wie Moore etc. müssen gleichzeitig besser geschützt werden. Der Einsatz von CCS sollte nur eine temporäre Lösung für nicht vermeidbare CO₂-Emissionen sein, und es darf dadurch keine weitere fossile Energieproduktion gefördert oder ausgeweitet werden.

Keine Anwendung von CCS in der Nähe von Schutzgebieten

Die Anwendung von CCS unter Schutzgebieten oder in deren Nähe ist strikt zu untersagen. Zudem ist eine unabhängige Prüfung von Umweltrisiken sowie ein konsequentes Umweltfolgen-Monitoring vor der Inbetriebnahme der Anlagen unerlässlich.

Wir bleiben bei unserer Position: Die Klimakrise erfordert fortschrittliche und unmittelbare Maßnahmen, nicht den Einsatz unsicherer und potenziell schädlicher Technologien wie CCS. ■

Niederländische Gerichtsentscheidung zum Stopp der Gasbohrungen vor Borkum

Schutzstation Wattenmeer e.V. fordert Beendigung aller Öl- und Gasförderungen im Nationalpark

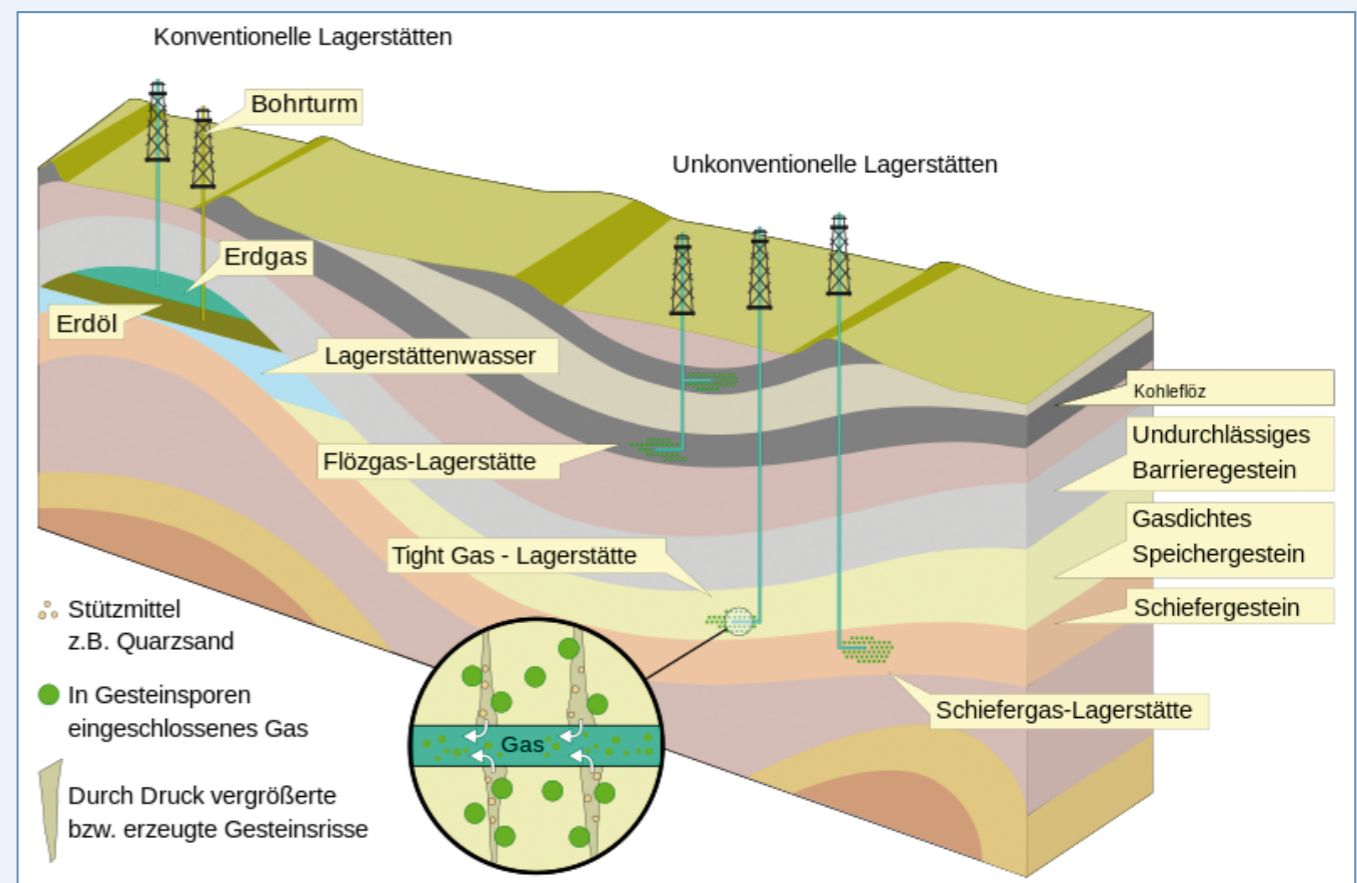
In einem richtungsweisenden Urteil hat ein Gericht in Den Haag die sofortige Einstellung der geplanten Gasbohrungen des Energiekonzerns One-Dyas in unmittelbarer Nähe des UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer beschlossen. Die Schutzstation Wattenmeer e.V. sieht in der Entscheidung einen wesentlichen Fortschritt zum Schutz der maritimen und küstennahen Ökosysteme. Die Firma wollte mit einer neuen Förderplattform ein Gasfeld in der Nordsee entwickeln, das sich sowohl in niederländischen als auch in deutschen Gewässern befindet.

Das Gebiet ist von weltweiter ökologischer Bedeutung und steht bereits unter erheblichem Druck durch menschliche Aktivitäten. So war die Anerkennung des Wattenmeers als Weltnaturerbe durch die UNESCO nur durch den Kunstgriff möglich, das Umfeld der Ölbohrplattform „Mittelplate“ vor Dithmarschen formal aus dem beantragten Gebiet herauszuschneiden.

Katharina Weinberg, unsere Leiterin des Fachbereichs Naturschutz: „Das Haager Urteil stellt einen bedeutenden Meilenstein für den Naturschutz und die Klimaschutzpolitik dar. Es verdeutlicht die Dringlichkeit, sensible Naturräume wie das Wattenmeer vor langfristigen Schäden durch fossile Energiegewinnung zu schützen.“

Es ist unverantwortlich, das Risiko durch die fortdauernde Rohstoffausbeutung weiter zu verlängern. Wir rufen Bundes- und Landesregierungen dazu auf, die aktuelle Gerichtsentscheidung zum Anlass zu nehmen, den vollständigen Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung im Wattenmeer entschieden voranzutreiben. Die Niederlande sind hierbei Vorreiter: Nicht nur im Meeresbereich, auch an Land wird es in den Niederlanden keine Erdgasförderung mehr geben. Die jahrzehntelange lukrative Erdgasförderung bei Groningen wurde im April endgültig eingestellt, u. a. weil Erdbeben tausende Gebäude teilweise schwer beschädigt hatten. ■

Wir fordern in diesem Zusammenhang, alle Öl- und Gasförderungen im Wattenmeer dauerhaft zu beenden. Das Wattenmeer ist ein Ge-



Schematische Darstellung der Förderung von Erdöl und Erdgas, inklusive Fracking. Grafik: MagentaGreen, Wikipedia Commons, CC BY-SA 4.0